

# AHS- INFORMATION

## Nachrichtendienst der AHS-Gewerkschaft

An alle  
Gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse  
und Landesleitungen

Wien, am 15. November 2013

### RUNDSCHREIBEN 4 (Schuljahr 2013/2014)

# Neues Lehrerdienstrecht 4

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Am Abend des 11. November 2013 wurde den Lehrgewerkschaften ein „überarbeiteter“ Entwurf zu einem neuen Lehrerdienstrecht übergeben. BM Heinisch-Hosek hat selbst mehrfach betont, dass in den wesentlichen Bereichen keine Änderungen erfolgt sind und der Dienstgeber<sup>1</sup> auch nicht bereit ist, Änderungen vorzunehmen. Weiters teilte uns die Ministerin mit, dass überhaupt nur rund die Hälfte der im Begutachtungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen durchgesehen worden ist. Dieser Entwurf soll schon sehr bald im Ministerrat abgesegnet und noch vor Weihnachten in den Nationalrat gebracht werde.

**Der „überarbeitete“ Entwurf berücksichtigt die rund 1.700 abgegebenen Stellungnahmen nicht, von denen mehr als 99 Prozent den Begutachtungstext ablehnen. Mit dieser Vorgangsweise tritt der Dienstgeber die parlamentarische Demokratie mit Füßen. Die AHS-Gewerkschaft betont nochmals: Der vorgelegte Entwurf ist völlig inakzeptabel. Er ist arbeitnehmerfeindlich, senkt die Qualitätsansprüche an Österreichs Schulen und steht ganz offenkundig unter dem Motto „Nivellierung nach unten um jeden Preis“:**

- Eine Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu 40 % (an Abendschulen bis zu 87 %) kostet allein im AHS- und BMHS-Bereich 12.000 bis 14.000 Arbeitsplätze.
- Damit verbunden sind finanzielle Verluste im Lauf des Berufslebens von weit über einer halben Million Euro für jeden Einzelnen.
- Fast alle Zulagen werden gestrichen: Alle bekommen mit ihren „All-in-Verträgen“ gleich wenig, egal ob sie zusätzlich zum Unterricht mehr oder weniger Aufgaben übertragen bekommen.
- Durch die Übernahme mehrerer zusätzlicher Klassen werden Lehrer deutlich weniger Zeit und Nervenkraft für die einzelnen Schüler haben als bisher.
- Fast drei Viertel aller im Lehrberuf tätigen Personen sind Frauen, und der Frauenanteil steigt weiter. Diese Maßnahmen, die von der Frauenministerin Heinisch-Hosek maßgeblich zu verantworten sind, treffen in der Praxis daher in erster Linie Frauen.

---

<sup>1</sup> Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

- Dauer und Qualität der Ausbildung spielen im neuen Dienstrecht keine Rolle. Alle bekommen gleich wenig bezahlt.
- Lehrer mit Bachelorstudium erfüllen in Zukunft die Anstellungserfordernisse für alle Schularten, also auch für die AHS-Langform (Unter- und Oberstufe), wo derzeit in der Regel nur Personen mit einer doppelt so langen Ausbildung (mit einem durchschnittlich sechsjährigen Universitätsstudium mit Magisterabschluss und zusätzlich einem einjährigen Unterrichtspraktikum) unterrichten dürfen.
- Nicht fertig ausgebildete Lehrer ohne Praxiserfahrung sollen alleinverantwortlich und mit voller Lehrverpflichtung in die Klassen geschickt werden.
- Die neue Lehrerausbildung wird im Entwurf ungenügend berücksichtigt.
- Alle Lehrer können unabhängig von ihrer spezifischen Ausbildung an jeder beliebigen Schulart in jedem beliebigen Ausmaß in jedem beliebigen Fach auch gegen ihren Willen eingesetzt werden.
- Die unterschiedlichen pädagogischen Herausforderungen in den verschiedenen Schularten werden nicht berücksichtigt.
- Politischer Willkür wird durch die Streichung bestehender Reihungskriterien für die Aufnahme in den Lehrberuf, die Befristung der Leitungsfunktionen etc. Tür und Tor geöffnet.

Die zu zwei Dritteln vom Dienstgeber finanzierte Arbeitszeitstudie „LehrerIn 2000“<sup>2</sup> zeigte für den AHS-Bereich, dass ein vollbeschäftigter Lehrer auf eine jährliche Gesamtarbeitszeit von 1.928 Stunden kommt. Die Jahressollarbeitszeit eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers liegt laut WKO bei 1.746 Stunden. Das müsste für einen verantwortungsvollen Dienstgeber Anlass sein, über eine Entlastung nachzudenken. Stattdessen würde durch dieses Dienstrecht die Arbeitszeit drastisch erhöht.

Aus diesem Grund hat die Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft in ihrer heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

**„Die Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft wird in Abstimmung mit den anderen Lehrgewerkschaften und der gesamten Gewerkschaft öffentlicher Dienst alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um das von der Regierung vorgelegte neue Lehrerdienstrecht zu verhindern. Dieses stellt einen existenzbedrohenden Anschlag auf das österreichische Schulwesen dar. Dieser Bruch der Sozialpartnerschaft ist inakzeptabel.“**

**Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt schon um Ihre aktive Unterstützung und die Einbindung der Schulpartner vor Ort. Eltern und Schüler sind nicht unsere Gegner, sondern unsere Verbündeten. Die Gegner sitzen (noch) auf der Regierungsbank.**

Mit kollegialen Grüßen

Mag. Dr. Eckehard Quin e.h.  
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

Mag. Michael Zahradnik e.h.  
Vors.-Stellv.

Mag. Herbert Weiß e.h.  
Vors.-Stellv. u. Besoldungsreferent

---

<sup>2</sup> Die schon vor mehr als einem Jahr erhobene Forderung der Lehrgewerkschaften nach einer neuen Arbeitszeitstudie wurde vom Dienstgeber als nicht notwendig zurückgewiesen.